



## Plenarprotokoll

### 74. Sitzung

Donnerstag, 14. Januar 2016

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Gedenkwort</b> .....	7644	<b>Terminschwierigkeiten bei den Bürgerämtern</b> .....	7658
<b>Terroranschläge in Istanbul und Jakarta</b> .	7644	Dr. Clara West (SPD) .....	7658
<b>Nachrufe</b> .....	7644	Bürgermeister Frank Henkel .....	7658
<b>Ehemaliger Abgeordneter Rudolf Glagow</b> .	7644	Dr. Clara West (SPD) .....	7659
<b>Ursula Besser, Städtälteste von Berlin</b> .....	7644	Bürgermeister Frank Henkel .....	7659
<b>Werner Dolata, Städtältester von Berlin</b> ...	7644	Thomas Birk (GRÜNE) .....	7659
<b>Siegmund Jaroch, Städtältester von     Berlin</b> .....	7644	Bürgermeister Frank Henkel .....	7659
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	7645	<b>Polizeieinsatz in der Rigaer Straße 94</b> .....	7660
<b>Fraktionsloser Abgeordneter İlkin Özışık</b> .	7645	Dr. Robbin Juhnke (CDU) .....	7660
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	7646	Bürgermeister Frank Henkel .....	7660
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Dr. Robbin Juhnke (CDU) .....	7660
<b>„Perspektive für die BVG: Investitionen     in den ÖPNV“</b> .....	7646	Bürgermeister Frank Henkel .....	7660
(auf Antrag der Fraktion der SPD)		Christopher Lauer (PIRATEN) .....	7661
Ole Kreins (SPD) .....	7646	Bürgermeister Frank Henkel .....	7661
Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	7648	<b>Bürgeramt für Flüchtlinge und Berlinerinnen und Berliner</b> .....	7661
Oliver Friederici (CDU) .....	7650	Thomas Birk (GRÜNE) .....	7661
Harald Wolf (LINKE) .....	7652	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	7661
Andreas Baum (PIRATEN) .....	7654	Thomas Birk (GRÜNE) .....	7662
Senator Andreas Geisel .....	7655	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	7662
<b>2 Fragestunde</b> .....	7658	Uwe Doering (LINKE) .....	7662
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	7662
		<b>Modulare Flüchtlingsunterkünfte</b> .....	7662
		Carsten Schatz (LINKE) .....	7662
		Senator Andreas Geisel .....	7662
		Carsten Schatz (LINKE) .....	7663
		Senator Andreas Geisel .....	7663
		Andreas Otto (GRÜNE) .....	7663
		Senator Andreas Geisel .....	7664

<b>Einsatz in der Rigaer Straße 94</b> .....	7664	<b>3.1</b>	<b>Priorität der Fraktion der CDU</b> .....	7672
Christopher Lauer (PIRATEN) .....	7664	<b>4</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes</b> .....	7672
Bürgermeister Frank Henkel .....	7664		Vorlage – zur Beschlussfassung –	
Christopher Lauer (PIRATEN) .....	7664		Drucksache <a href="#">17/2645</a>	
Bürgermeister Frank Henkel .....	7664		Erste Lesung	
Canan Bayram (GRÜNE) .....	7665		<u>hierzu:</u>	
Bürgermeister Frank Henkel .....	7665		Änderungsantrag der Fraktion Die Linke	
<b>Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge</b> .....	7665		Drucksache <a href="#">17/2645-1</a>	
Ulker Radziwill (SPD) .....	7665		Hildegard Bentele (CDU) .....	7672
Senatorin Sandra Scheeres .....	7666		Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) .....	7673
Ulker Radziwill (SPD) .....	7666		Dr. Ina Czyborra (SPD) .....	7674
Senatorin Sandra Scheeres .....	7666		Regina Kittler (LINKE) .....	7675
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) .....	7666		Martin Delius (PIRATEN) .....	7676
Senatorin Sandra Scheeres .....	7667		Ergebnis .....	7677
<b>Studie zur Paralleljustiz</b> .....	7667	<b>3.2</b>	<b>Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> .....	7677
Sven Rissmann (CDU) .....	7667	<b>6</b>	<b>a) Zukunftssichernde Schulentwicklungsplanung für Berlin! ..</b>	7677
Senator Thomas Heilmann .....	7667		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 19. November 2015 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2015	
Sven Rissmann (CDU) .....	7668		Drucksache <a href="#">17/2616</a>	
Senator Thomas Heilmann .....	7668		zum Antrag der Fraktion Die Linke	
Christopher Lauer (PIRATEN) .....	7668		Drucksache <a href="#">17/1920</a>	
<b>Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen im Humboldt-Forum</b> ..	7668		<u>hierzu:</u>	
Sabine Bangert (GRÜNE) .....	7668		Änderungsantrag der Fraktion Die Linke	
Regierender Bürgermeister			Drucksache <a href="#">17/1920-1</a>	
Michael Müller .....	7668		<b>b) Berlin braucht gute Schulplätze: Schulentwicklungsplanung neu ausrichten</b> .....	7677
Sabine Bangert (GRÜNE) .....	7669		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 19. November 2015 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2015	
Regierender Bürgermeister			Drucksache <a href="#">17/2619</a>	
Michael Müller .....	7669		zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Philipp Magalski (PIRATEN) .....	7670		Drucksache <a href="#">17/2300</a>	
Regierender Bürgermeister			Stefanie Remlinger (GRÜNE) .....	7678
Michael Müller .....	7670		Dr. Ina Czyborra (SPD) .....	7679
<b>Abriss und Neubau von Wohngebäuden</b> ...	7670		Stefanie Remlinger (GRÜNE) .....	7680
Katrin Lompscher (LINKE) .....	7670		Dr. Ina Czyborra (SPD) .....	7680
Senator Andreas Geisel .....	7670		Regina Kittler (LINKE) .....	7680
Katrin Lompscher (LINKE) .....	7671		Stefan Schlede (CDU) .....	7681
Senator Andreas Geisel .....	7671			
Andreas Otto (GRÜNE) .....	7671			
Senator Andreas Geisel .....	7671			
<b>Untertitelungsanlage bei der Staatsoper</b> ....	7671			
Wolfram Prieß (PIRATEN) .....	7671			
Regierender Bürgermeister				
Michael Müller .....	7671			
Wolfram Prieß (PIRATEN) .....	7671			
Regierender Bürgermeister				
Michael Müller .....	7672			
<b>3</b>	<b>Prioritäten</b> .....	7672		
	gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin			

**(Marianne Burkert-Eulitz)**

Vormundschaftsbestellung beschleunigen zu können.  
Warum macht das Ihre Behörde nicht?

[Torsten Schneider (SPD): Warum macht das  
das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf nicht?]

**Präsident Ralf Wieland:**

Bitte schön, Frau Senatorin!

**Senatorin Sandra Scheeres** (Senatsverwaltung für  
Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrte Frau Burkert-Eulitz! Ich habe gerade auch den Bereich der Vormundschaften angesprochen und dass wir hier Bedarfe haben, auch dieses Verfahren zu beschleunigen. Sie tun so locker, als hätten wir zehn, 20 unbegleitete Minderjährige. Ich habe gerade angesprochen, dass wir in dem Zusammenhang einen rasanten Anstieg haben. Wir hatten wie in vielen Behörden bestimmte Kapazitäten. In Steglitz-Zehlendorf haben wir das Personal aufgestockt – das wissen Sie, weil die Stadträtin von den Grünen ist – und haben uns da sehr stark gemacht. Wir haben auch die Zahl der Schulungsmaßnahmen aufgestockt, sodass wir in einem größeren Umfang qualifizieren können. Wir sind im Gespräch mit der Justizverwaltung, weil es viele Richter gibt, die Vormundschaften übernehmen können und wollen.

[Zuruf von Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)]

– Doch! Ich möchte das umfangreich darstellen und nicht isoliert, weil man nämlich parallel fahren muss. – Wir beraten die Kinder und Jugendlichen natürlich, aber wir setzen darauf, dass die Möglichkeit besteht, dass die Vormundschaft über das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf vermittelt wird. Das befindet sich in Ihrer Verantwortung, und wenn Sie bessere Vorschläge haben – Steglitz-Zehlendorf kann auch beraten –, dann können Sie das Ihrer Stadträtin sagen.

[Zuruf von Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur CDU. – Herr Kollege Rissmann, bitte schön!

**Sven Rissmann** (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Wie geht es nach der Vorstellung der Studie zur Paralleljustiz in dieser Angelegenheit weiter, und welche nächsten Schritte sind dort konkret geplant?

[Steffen Zillich (LINKE): Entwickelt sich!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Herr Senator Heilmann!

**Senator Thomas Heilmann** (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Abgeordneter Rissmann! Der Senat hat sich gestern in seiner Klausursitzung nicht nur mit Flüchtlingsfragen und der Neuausrichtung und -aufstellung des LAGeSo beschäftigt, sondern unter anderem auch mit der Studie zum Thema Paralleljustiz. Wie Sie wissen, geht die Studie zurück auf eine Initiative des Parlaments auf Antrag der Koalitionsfraktionen. Der Senat hat diese Initiative gestern noch einmal sehr positiv gewürdigt. Die Studie steht Ihnen übrigens nicht nur digital zur Verfügung, sondern sie gibt es auch ausgedruckt hier in der Bibliothek des Abgeordnetenhauses, sodass sie für jeden einsehbar ist.

Ich habe die Kernpunkte gestern noch mal vorgestellt. In zwei Sätzen zusammengefasst: Die Paralleljustiz, die wir in Berlin leider haben, ist nicht geprägt von Gewaltenteilung. Deswegen ist die Vorstellung, es gäbe viele – in Anführungsstrichen – unabhängige Friedensrichter, die man anstelle der ordentlichen Justiz anruft, im Wesentlichen eine Fehlvorstellung. Tatsächlich wird Paralleljustiz so ausgeübt, dass Clanchefs sowohl in der klar kriminellen Organisation, aber auch in anderen Segmenten unserer Stadt tätig sind, und zwar im Wesentlichen als Unterdrückungsmechanismus für Gewinnstreben und ganz häufig leider auch, um Frauen zu unterdrücken, sei es, dass man sie zu Zwangsehen verpflichtet – in Anführungsstrichen –, sei es, dass man Viehlen einrichtet oder nach den Vorstellungen der Clans Trennungen herbeiführt.

Es ist völlig eindeutig, auch das haben wir festgestellt, dass es insbesondere bei der organisierten Kriminalität eine unnachgiebige Strafverfolgung geben soll. Es ist aber mindestens genauso wichtig, dass wir den Opfern eine Brücke bauen, dass wir den Opfern helfen, dass sie wissen, welche Rechte und insbesondere, welche Möglichkeiten sie haben, wie die Justiz damit umgeht, dass sie Vertrauen in unseren Rechtsstaat gewinnen, und das ist eine Aufgabe des gesamten Senats; das betrifft nicht nur unsere Verwaltung, sondern auch die Jugend-, die Schul-, die Frauen- und die Integrationsverwaltung.

Wir haben uns nach einer, wie ich finde, sehr positiven Diskussion vorgenommen, das in diesem Jahr als eine gemeinsame Aufgabe des Senates zu verstehen.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Herr Kollege Rissmann für eine Nachfrage. – Bitte schön!

**Sven Rissmann (CDU):**

Herr Senator! Sehen Sie die herkömmlichen Geschäftsabläufe in Ihrem Aufgabenbereich als ausreichend gewappnet an, mit diesem besonderen Kriminalitätsphänomen umgehen zu können, oder meinen Sie, prüfen und gegebenenfalls umsetzen zu müssen, dass man, sobald ein erster Hinweis darauf besteht, dass hier ein Fall von Paralleljustiz vorliegt, besondere Maßnahmen in der Ermittlungstätigkeit durchführen muss, und wenn ja, welche wären das?

**Präsident Ralf Wieland:**

Bitte schön, Herr Senator!

**Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):**

Wir haben schon mit einzelnen Verbesserungen begonnen, aber ich bin der Meinung, dass das nicht ausreicht. Wir haben uns über alle Verwaltungen vorgenommen, bis zum April in einer gemeinsamen Senatsvorlage alles das, was wir zusätzlich tun wollen, um gegen dieses Phänomen zu arbeiten, zusammenzufassen.

In der Staatsanwaltschaft haben wir den Kampf gegen die organisierte Kriminalität inzwischen in drei Abteilungen konzentriert. Eine Handreichung für alle Richterinnen und Richter und alle Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist kurz vor der Fertigstellung, die wir übrigens in einer Arbeitsgruppe mit anderen Länderverwaltungen abgestimmt haben, wie man damit umgehen soll, wenn sich der Verdacht auftut, es handele sich um eine Paralleljustiz, die die normale Arbeit der Justiz behindert.

Sicher wird man beim Thema Aufklärung und Schulung noch eine Menge mehr tun müssen. Die Dinge sind begonnen, aber nach nicht fertig umgesetzt.

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Die zweite Nachfrage geht an Herrn Kollegen Lauer von der Piratenfraktion. – Bitte schön!

**Christopher Lauer (PIRATEN):**

Weil es thematisch gerade darum geht, dass der Justizsenator Studien seines Hauses bewertet: Herr Heilmann! Wie bewerten Sie denn die Studie Ihres Hauses zu Effektivität, Nutzen und Verhältnismäßigkeit verdeckter Ermittlungsmethoden, die der Staatsanwaltschaft nach Strafprozessordnung möglich sind?

**Präsident Ralf Wieland:**

Diese Nachfrage lasse ich nicht zu. Sie steht nicht im Zusammenhang mit der ersten Fragestellung.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Es ging um Studien!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Nein! Es ging um eine Studie, und Sie sprechen eine andere an.

Dann kommen wir jetzt zu den Grünen. – Frau Kollegin Bangert!

[Zurufe von den GRÜNEN: Nachfrage!]

– Die Nachfrage von Herrn Rissmann wurde gestellt, und die zweite Nachfrage ist nicht zulässig. – Jetzt rufe ich die nächste auf: Frau Bangert von den Grünen!

[Lars Oberg (SPD): Es gibt keine dritte Nachfrage! – Zurufe von den GRÜNEN]

– Die zweite Nachfrage ist gestellt worden, ist aber nicht zulässig. – Frau Bangert! Sie haben das Wort.

[Unruhe]

Frau Bangert, bitte stellen Sie Ihre Frage!

**Sabine Bangert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund des Interviews mit Manfred Rettig im heutigen „Tagesspiegel“ frage ich den Regierenden Bürgermeister und Kultursenator – oder den Senat: Können Sie ausschließen, dass es im Rahmen der Realisierung des Berliner Beitrags im Humboldt-Forum zu Umplanungen und damit zu Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen kommt? – Vielen Dank!

[Beifall von Thomas Birk (GRÜNE)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

**Regierender Bürgermeister Michael Müller:**

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Bangert! Ich kann Ihnen sagen, dass für unsere Flächen nicht geplant ist, dass es da irgendwelche Veränderungen geben soll. Ich kann Ihnen das natürlich für die anderen Partner nicht sagen, habe da allerdings auch keine Erkenntnisse. Wir sind im Gespräch mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, wir sind im Gespräch mit der Humboldt-Universität, und insgesamt wird beraten, wie die Konzeptionen aufeinander abgestimmt werden können.

Für die Berliner Flächen kann ich Ihnen sagen, dass durch die veränderten Vorstellungen, die wir jetzt haben – eben nicht mehr mit „Welt der Sprachen“ zu arbeiten, sondern mit „Welt.Stadt.Berlin“ –, nie irgendwelche Änderungen oder Umplanungen vorgesehen waren, die irgendwie in diesen Baufortschritt eingreifen, geschweige denn in die technische Ausstattung – das ist ja der eigentlich interessante Punkt, der jetzt auch kommt bei der Realisierung des Humboldt-Forums. Es ist lediglich so, dass in Abstimmung zwischen uns und der Humboldt-